

DOMINIK STORR

Rechtsanwalt

RA Storr Erlacherstraße 9 D-97845 Neustadt a. Main

Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

per Telefax vorab an 030 18400 1801

Anschrift:

Rechtsanwalt Dominik Storr

Erlacherstraße 9

D-97845 Neustadt am Main

Kommunikation:

Tel: +49 (0)9393 99320-3

Fax: +49 (0)9393 99320-9

info@buergeranwalt.com

Internetauftritt:

www.buergeranwalt.com

Anderkonto:

SP Mainfranken Würzburg

BLZ: 790 50 000

Kt.-Nr.: 44307718

| Datum | mein Zeichen | Ihr Zeichen |
|------------|--------------|-------------|
| 05.07.2011 | VR 04/11 | |

Mutmaßliches ungenehmigtes Ausbringen großer Mengen von Schadstoffen im deutschen Luftraum im Zuge des Geo-Engineering / Mutmaßliche Duldung durch die Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrte Damen und Herren,

in vorgenannter Angelegenheit zeigte ich Ihnen bereits mit Schreiben vom 06.06.2011 die rechtliche Vertretung der bundesweiten Bürgerinitiative „Sauberer Himmel“ an. Dieser Bürgerinitiative haben sich seit ihrem Internetauftritt unter www.sauberer-himmel.de innerhalb nur weniger Tage mehr als 500 besorgte Bürger angeschlossen – und es werden täglich mehr.

Ich nehme Bezug auf Ihr an mich gerichtetes Schreiben vom 09.06.2011, mit dem Sie uns mitteilen, dass für den von meinen Mandantinnen und Mandanten angesprochenen Sachverhalt nach der Aufgabenverteilung innerhalb der Bundesregierung das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit federführend sei.

DOMINIK STORR

Rechtsanwalt

Diese Auffassung teilen meine Mandantinnen und Mandanten nicht. In der vorliegenden Angelegenheit geht es um die flächendeckend durchgeführte Kontamination der deutschen Bevölkerung, der Tiere und sämtlicher Umweltbestandteile wie Luft, Boden und Gewässer mit hochtoxischen Stoffen aus der Luft. Da die Sprühaktionen illegal sind und ohne parlamentarische Kontrolle vorgenommen werden, dürfte es sich hierbei um einen der größten politischen Skandale seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland handeln. Gemäß ihres Amtseides ist die Bundeskanzlerin verpflichtet, Schaden von der deutschen Bevölkerung abzuwenden. Die vorliegende Angelegenheit ist daher nach Auffassung meiner Mandantinnen und Mandanten nicht alleinige Aufgabe eines Ministeriums, sondern aufgrund ihrer Bedeutung „Kanzlersache“.

Diese Auffassung folgt auch aus dem Grundgesetz. Nach Art. 65 Satz 1 GG bestimmt der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Diese Verantwortung darf nicht auf einen Minister abgeschoben werden.

Es wird daher erneut angefragt, ob die Bundesregierung die Durchführung der illegalen Maßnahmen des Geo-Engineering bzw. Climate-Engineering, insbesondere das Versprühen von so genannten „Chemtrails“, bestreiten möchte, oder ob sie alles Erforderliche unternehmen wird, damit diese illegalen Maßnahmen zumindest im deutschen Luftraum unverzüglich eingestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dominik Storr

Rechtsanwalt